

1. Juli in 120 Städten Westdeutschlands

WESTBERLIN

Rund 10 000 Studenten aller Westberliner Universitäten, Hoch- und Fachschulen demonstrieren durch die Innenstadt zum Wittenbergplatz, um eine grundlegende Reformierung des Bildungswesens zu fordern. Prof. Lieber, Rektor designatus der Dahlener Uni, forderte eine weitgehende Demokratisierung und Chancengleichheit vor allem für Arbeiterkinder (siehe Foto).

HANNOVER

Während der niedersächsischen Landtag zur dritten Lesung über das Konkordat mit dem Vatikan tagte, riefen vor dem Gebäude Tausende Studenten und Schüler, Schüler und Kollegen - alle sind dagegen. Bereitschaftspolizei verhaftete zwei Jugendliche und schlug sogar unbeteiligte Passanten.

HAMBURG

„1980 - dann wie ein Deutscher“, so drückten 5000 Studenten hier ihren Unwillen aus. Obwohl Innensenator Schmidt (SPD) jede Kundgebung verboten hatte, ließen sich die Hamburger nicht beirren. Auf eine von der Polizei angeordnete Umleitung durch Nebenstraßen reagierten die Studenten mit einem Sitzstreik, bis die Polizei die Hauptstraße frei gab.

ESSEN

Den etwa 4000 Studenten der Essener Hoch- und Ingenieurschulen verbot die Stadtverwaltung die Demonstration. Der SPD-Oberbürgermeister lehnte im unfrankierten Kuvett eine Einladung zur Kundgebung ab. Die Studenten ließen sich von ihrer Kundgebung auf dem Rüttenscheider Markt nicht abbringen.

MÜNCHEN

Bei sengender Hitze demonstrieren 10 000 Studenten zum Königsplatz, an der Spitze des kilometerlangen Zuges zahlreiche Professoren und Dozenten, unter ihnen der Rektor der TH. Belfall der Bevölkerung erteilt die Studenten für ihre Losungen und Sprechchöre, wie „Konkordat + Zwergschule = Mittelalter“, „Der Bundespräsident war in einer Zwergschule - man merkt es!“

MUNSTER

Vor 7000 Studenten erklärte der Präsident der westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Sievert, daß jedes Nachlassen von Bund und Ländern in der Bildungspolitik katastrophale Folgen für das westdeutsche Volk haben wird.

NURNBERG

Dem Protestzug der Nürnberger Studenten liefen drei Esel voran, denen die Studenten Plakate mit der Aufschrift „Verkörpern wir die Bürger von 1976?“ umgehängt hatten.



HEIDELBERG

Vor 3000 Studenten identifizierte sich Professor Picht mit den Gründen, die die Studenten zu den Protestdemonstrationen veranlaßt hatten. Picht gehörte zu den ersten, die auf die westdeutsche Bildungssituation klar und eindeutig das Wort „Bildungskatastrophe“ anwandten.

KÖLN

3000 Kölner Studenten protestierten dagegen, daß ihre Professoren durch ungenügende Arbeitsbedingungen „verhüllt“ werden.

GIESSEN

In einem schwarzverkleideten Sarg trugen Studenten symbolisch den letzten Gebildeten zu Grabe.

Protestkundgebungen fanden auch in

BREMEN

GÖTTINGEN

STUTTGART

TUBINGEN

und vielen anderen westdeutschen Universitäts- und Hochschulsiedlungen statt.

gedanken

Es scheint mir unentbehrlich, über unser Foto und die darum gruppierten „fakten“ nachzudenken. Westdeutschlands Studenten demonstrieren gegen den Bildungsnotstand. Aus einigen Meldungen geht die konkrete Richtung ihrer Angriffe hervor - wir haben unten einige „zahlen“ zusammengefaßt, die Anlaß waren, auf die Straße zu gehen. Nur, ganz abgesehen davon, daß unsere erste „zahl“ bei den Kundgebungen kaum eine Rolle spielte, daß verschiedenes fehlt, die Anzahl der Zwergschulen, der geringe Anteil naturwissenschaftlicher Bildung usw. - der Bildungsnotstand erschöpft sich eben nicht in Ziffern und Summen. Das westdeutsche Bildungswesen ist hauptsächlich in seinem Inhalt zurückgefallen. Vergebens sucht man Überlegungen zur Neubestimmung der Allgemeinbildung, zur Einheit von allgemeiner, polytechnischer und beruflicher Bildung, zur Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit - zu den von der technischen Revolution objektiv zu Zentralproblemen erhobenen Fragen also. Noch viel weniger spricht man darüber, daß der Notstand vor allem in der politisch-ideologischen Ausrichtung der Bildung zu suchen ist in der Verbreitung reaktionärer und militaristischer Gedanken, der Kriegsverherrlichung, der Erziehung im Geiste des Antikommunismus. - Ohne die Aktion „1. Juli“ abwerten zu wollen - mich deucht, wer daran zu denken vergißt, vergißt das Wichtigste.

Rolf Möbius

zahlen

34 Milliarden Mark verschlang nach dem Bundeshaushalt 1964 - alle indirekten und versteckten Titel eingerechnet - die Rüstung. Demgegenüber nehmen Hochschulen, Wissenschaft und Unterricht im Bundeshaushalt nur 1,5 Milliarden D-Mark in Anspruch.

(Deutsche Außenpolitik 7/64)

Nach der UNESCO-Statistik von 1961 gab Westdeutschland für Erziehungsziele pro Kopf und Jahr 32 Dollar aus (22. Platz in der Welt); die DDR dagegen 98 Dollar, sie liegt damit auf Platz 4.

(UZ 6/65)

Während der Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung der Bundesrepublik 49 Prozent und der Bauern 15 Prozent ausmacht, beträgt der Anteil der Studenten aus Arbeiterfamilien nur 5 Prozent, aus Bauernfamilien nur 2 Prozent.

(LVZ, 30. 6. 65)

Nur 15 Prozent aller westdeutschen Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren besuchen eine weiterbildende Schule - ein trauriger Tiefstand gegenüber 30 Prozent in Frankreich, 35 Prozent in Norwegen und einem weit höheren Anteil in der UdSSR und den Vereinigten Staaten.

(Tagespiegel, 27. 6. 65)

Bis 1970 fehlen für elf Millionen Schüler rund 300 000 Lehrer. Bis 1970 werden jedoch an allen westdeutschen Schulen insgesamt nur etwa 300 000 Studenten ausgebildet.

(LVZ, 30. 6. 65)

Nach Berechnung der westdeutschen Kultusminister müssen bis 1970 48 Milliarden Mark zum Ausbau der Schulen und bis 1980 31 Milliarden Mark für die Gründung neuer Universitäten ausgegeben werden.

zitate

Forderungen des VDS

1. Die Bildungspolitik soll neben den anderen wichtigen Ressorts wie Verteidigung, Wirtschaft, Außen-, Innen- und Sozialpolitik auf-

wertet werden; 2. durch nationale Bildungsplanung und Bildungsfinanzierung sollen alle Begabtenreserven ausgeschöpft werden; 3. die Bildungswerbung soll intensiviert werden; 4. Bund und Länder sollen enger zusammenarbeiten; 5. ein Bildungsrat soll umgehend - konstituiert werden; 6. das gegenwärtige Schulsystem soll durch

eine horizontal gegliederte, differenzierte Einheitsschule abgelöst, und insbesondere auf dem Lande und in Industriegebieten sollen Tagesschulen aufgebaut werden; 7. die Studiennetze soll verkürzt werden; 8. der zweite Bildungsweg soll verstärkt ausgebaut werden; 9. die Möglichkeiten des Fernstudiums - des sogenannten

„Metall“, Organ der IG Metall;

Was ist Bildungsnotstand?

Kleine Zwergschulen im Westen. Seit 1950 - vollausgebaut, zehnklassige

Zentral Schulen im Osten. Rechnen hier - Mathematik dort, Naturlehre, Unterricht „Der Nebel“ dieses - Physikunterricht „Die magnetischen Felder“ jenseits der Grenze. Das sind die Erfahrungen eines Reporter-Heinrich Stückmann in der 1964 erschienenen Volksschule der Bundesrepublik und der Landesschulen der DDR, dort zehnklassige polytechnische Oberschulen gemacht hat. Seit Sommer: „Wir denken zurück bis fünfzehn Jahre hinter die Entwicklung der

„Nürnberger Nachrichten“

„Uns sützen nicht, kenne, sondern allein unsere bessere Bildungspolitik. Die Diktatursetze der Bundesrat verabschiedet hat, werden nicht dazu beitragen, unseren Bildungsnotstand zu beheben, sondern werden eher noch mehr Geld für militärische oder militärische Zwecke in der Welt machen.“

zitate

Staatssekretär Prof. Dr. Gießmann:

Die wesentliche Ursache des Notstandes liegt in der gesamten Politik des westdeutschen Imperialismus... Es gibt nur eine Möglichkeit, den Kampf gegen die Bildungsmisere erfolgreich zu gestalten - leider ist das einem großen Teil der westdeutschen Studenten noch nicht bewußt: Nur wenn der Kampf um bessere Bildungsmöglichkeiten eng mit dem Kampf gegen die Politik des westdeutschen Imperialismus verbunden ist und in diesem Kampf die große Kraft der westdeutschen Arbeiterklasse wirksam wird, kann auch im Bereiche der Bildung eine grundlegende Wendung erreicht werden...

meinungen

kommentare

„Ich dachte, wenn jeder Bauer wenigstens ein halbes Jahr studierte, das könnte nicht schaden.“ Georg Christoph Lichtenberg, 1774

Auf sich aufmerksam gemacht - und weiter?

Westdeutschlands Studenten waren auf der Straße. Es gibt Leute, die diese Form des Protests noch ungewöhnlicher finden als das Antikontaktschreiben der 215 Professoren an den DGB. An der Elite der 15-jährigen Geschichte der Bundesrepublik gemessen, ist es gewiß ungewöhnlich, zumal es sich hier nicht um drei- oder vierhundert Studenten handelt. Westdeutsche Zeitungen „schätzten“ 45 000, eine Zahl, die man nur mit den in unseren „fakten“ genannten - ebenfalls Westzeitungen entnommenen - zu vergleichen braucht, um eingedenk der 120 Städte, in denen Aktionen stattfanden, das Doppelte für wahrscheinlicher zu halten.

Was ist nun über den Erfolg der Aktion zu vermelden? Der Verband Deutscher Studentenschaften, aus Vertretern fast aller politischen Schattierungen zusammengesetzt, wollte keine politische Aktion, sondern auf die Bildungsmisere Westdeutschlands aufmerksam machen, wachrufen. Dieses Ziel ist zweifellos erreicht.

Das entspräche etwa 20 Prozent der bis 1970 dem Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel. Gegenwärtig gibt die Bundesrepublik jedoch für Bildungszwecke, Forschung und Wissenschaft insgesamt nur rund 7,5 Milliarden jährlich, also reichlich die Hälfte der allein für Baumaßnahmen erforderlichen Summe aus.

(Die Welt, 23. 6. 65; Tagespiegel, 1. 7. 65; Deutsche Außenpolitik 7/64)

Auf 300 westdeutsche Studenten kommt ein Lehrstuhlinhaber. Selbst wenn das pro-

recht. Vielerorts erhoben die Studenten für ihre Losungen spontanen Beifall von den Passanten, von denen sich manche den Kundgebungen anschlossen. Auch die maßgeblichen Leute, Politiker aller Gruppierungen, haben die Meinung der von vielen Professoren unterstützten Studenten zur Kenntnis nehmen müssen, wie die allerdings sehr verschiedenartige Skala der Reaktionen - von rückhaltloser Zustimmung bis zu Erhard „Unruhe“ und „Idiotie“ - beweist.

Das proklamierte Ziel ist erreicht, nicht zuletzt dank der Einigkeit der meisten Studentenorganisationen, ausgenommen einiger direkt CDU-inspirierter christlicher Verbände. Aber ob dieses Ziel nicht allzu sehr beschränkt war? Nur selten - und dann kaum von Studenten - wird der Bildungsnotstand in Zusammenhang gebracht mit dem Streben der Ultras nach den Notstandsgesetzen. Und wo das geschah, wie in den oben zitierten „Nürnberger Nachrichten“, da beschränkt es sich wieder auf die finanzielle Seite. Daß Erhard den Wissenshunger der Jugend „ungeheuren Umfang“ nennt, weil er politische „Klippschüler“ braucht, die „Küßern gleich hinter der Kriegstrommel herlaufen“ (Dr. Wesel in ND vom 4. Juli), diese Erkenntnis muß sich erst noch durchsetzen. Genauso wie die, daß ein echter Erfolg gegen Bildungsnotstand aus eben diesen Gründen nur mit den Gewerkschaften, mit der Arbeiterklasse gemeinsam errungen werden kann.

rom

zahlen

klamierte Maßstab von 120:1 (etwa das gegenwärtige Verhältnis an der Karl-Marx-Universität) erreicht werden sollte - keiner weiß augenblicklich, wie - liegt Westdeutschland damit noch deutlich unter dem Standard der USA, Japans und Skandinavien.

(Tagespiegel, 2. 7. 65)

Das am 30. Juni vom niedersächsischen Landtag beschlossene Konkordat sichert dem Vatikan zu, daß „auf Antrag der Eltern“ (Artikel 6) katholische Bekenntnisschulen errichtet werden können. Bisher schlossen nur Hitler, Mussolini, Franco, Salazar und Trujillo denartige Konkordate ab. Es bedeutet, daß Zwergschulen wie Pilze aus der Erde schießen können, da in allen Gemeinden über 5000 Einwohner 180 Anträge für die Einrichtung einer Konfessionsschule genügen.

(ND, 30. 6. 65; JW, 1. 7. 65)